



Zu Punkt **6.10**
der Tagesordnung des
Wirtschaftsparlamentes vom
24.11.2022

ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament
der Wirtschaftskammer Österreich
am 24.11.2022

Wien, 27. Oktober 2022

Alles Unternehmen für eine sichere und leistbare Energieversorgung

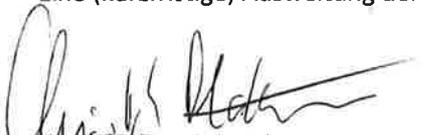
Für den Wirtschafts- und Produktionsstandort Österreich ist die Energiefrage die größte Herausforderung, damit die Betriebe weiter erfolgreich wirtschaften und Arbeitsplätze erhalten können. Dazu braucht es ein entschlossenes Handeln der Politik, um Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise zu gewährleisten. Der SWV OÖ gemeinsam mit dem Wirtschaftsbund OÖ hat dazu konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die eine rasche Entspannung der für viele Betriebe bereits existenzgefährdenden Situation herbeiführen sollen. Vorrangiges Ziel muss sein, Fehlentwicklungen z.B. bei der Preisberechnung von Strom zu korrigieren oder – wenn dies nicht möglich ist – die Auswirkungen auf die Unternehmen durch konkrete und umfassende Entlastungsmaßnahmen abzufedern.

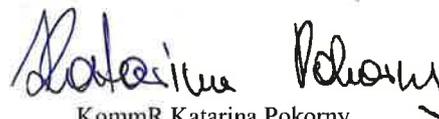
Unsere Betriebe haben ein Recht auf eine sichere und leistbare Versorgung!

Als Wirtschaftsvertretung fordern wir Versorgungssicherheit und faire Preise – wie bei den Haushaltskunden - auch für unsere Unternehmen. Der Erhalt von Arbeitsplätzen und das wirtschaftliche Überleben der Selbstständigen muss für die Politik absoluten Vorrang haben. Das Wirtschaftsparlament der WKÖ fördert daher alle politischen Entscheidungsträger auf, die unten angeführten Entlastungs- und Vorsorgemaßnahmen rasch umzusetzen, damit unsere Unternehmen weiter am Standort Österreich erfolgreich wirtschaften können.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

- Die Senkung der Mineralölsteuer sollte nach deutschem Vorbild sofort in Angriff genommen werden – Treibstoff und damit auch Transporte dürfen nicht zu Luxusgütern werden.
- Die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Energie sowie Aussetzung der Erhöhung der Co2-Steuer
- Preissenkende Maßnahmen wie die Änderung der Preisberechnung bei Strom oder die Einführung einer Gaspreisbremse -wie sie aktuell in Deutschland ausgearbeitet wird.
- Verlängerung und Ausweitung des Energiekostenzuschusses, um die Betriebe bei den Mehrkosten, welche über den heurigen Herbst und Winter entstehen, zu entlasten.
- Eine „Investitionsprämie NEU“ kann dazu beitragen, dass die Betriebe rascher auf alternative Energieträger umrüsten können.
- Die Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen stark beschleunigt werden – auch eine Genehmigungsfreistellung muss diskutiert werden!
- Die rasche Einführung einer Kontrahierungspflicht für Strom- und Gaskunden bis zumindest fünf Millionen kWh bei Strom und zehn Millionen kWh bei Gas
- Eine (kurzfristige) Ausweitung der Befugnisse der bei der E-Control angesiedelten Schlichtungsstelle


Abg. z.NR. Dr. Christoph Matznetter
Vizepräsident der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Katarina Pokorný
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes
der Wirtschaftskammer Österreich


KommR Bmstr. Baurat h.c. Dipl. Ing. Alexander Safferthal
Mitglied des Wirtschaftsparlamentes
der Wirtschaftskammer Österreich